

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 108 (1982)
Heft: 42

Artikel: Bald wählen wir wieder oder nicht wieder
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-614515>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



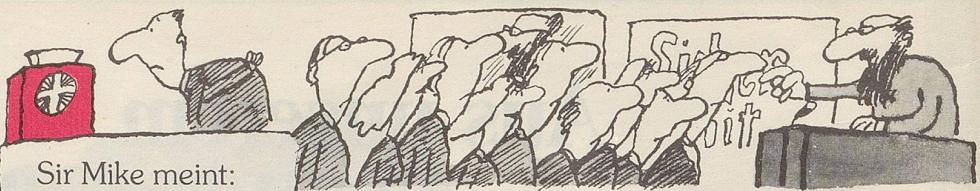
Kampf, Krampf oder Kränzchen?

Parlamentswahlen werden auch hierzulande gern als «Wahlkampf» bezeichnet. Gemeint ist wahrscheinlich, dass die eine Partei die anderen bekämpft. Doch ist dies heutzutage in den grösseren, kultivierten Kantonen kaum mehr der Fall. Der Begriff stammt wahrscheinlich aus früherer Zeit oder wird im gleichsprachigen befreundeten Ausland entlehnt. Bei Betrachtung der Fakten scheint es viel eher, dass alles gefragt ist, nur nicht Kampf, ja, parteioffiziell wird alles ängstlich vermieden, was irgendwie nach Kampf aussieht. Das Fazit ist bekannt: Stinklangweilige Veranstaltungen, die fast «ausgewogen» genannt werden können. Man habe, so sagt eine nicht näher definierte «landläufige Meinung», alles zu vermeiden, was nach einem «Heruntermachen des Gegners» aussehe, da dies zu einem Solidarisierungseffekt führen könne, indem Mitleid mit dem/der Angegriffenen die Wählerschaft veranlasse, diesem/dieser die Stimme zu geben. So erinnert das Wahlgeplauder etwa der Bürgerlichen mit den Etwaswenigerbürgerlichen an eine Art Kaffeekränzchen, wo die Meinungen unter auch geteilt sind, ob man zu Tee besser eine Rüebli- oder eine Zuger Kirschtorte serviere.

Wann findet Solidarisierung statt?

Vor wenigen Wochen konnte das Phänomen eines Solidarisierungseffekts an der Urne, entgegen aller Umfrageergebnisse live erlebt werden: Die Hessen-Wahl. Kein vernünftiger Mensch wird bestreiten, dass die SPD/F.D.P.-Koalition in den 13 Jahren ihres Wirkens unser Nachbarland geplündert und mit der Giesskanne nicht vorhandenes Geld über Arm und Reich ausgeschüttet hat. (Vorbild für gewisse Schweizer Politiker?) Kinder und Enkel der Besucherten werden diesen Segen nun erst verdienen müssen. Trotzdem hat der Überraschungscoup, mit dem die «Liberalen» die Koalition verlassen haben, den Wähler verärgert und verunsichert und er hat aus Solidarität mit Schmidt «jetzt erst recht!» eine abgewirtschaftete SPD gewählt.

Anders war's vor einem halben Jahr in Zürich. Dort wurden in geschickter, nicht widerlegbarer Art dem Wähler die Versäumnisse einer Jugendpolitikerin vor Augen geführt. Auch wurde den Wählern einmal wie-



Sir Mike meint:

Bald wählen wir wieder

Das kommende Jahr 1983 wird ein Wahljahr. National- und Ständerat

der in Erinnerung gerufen, dass eine hochbezahlte Exekutivpolitikerin eigentlich doch deshalb gewählt sei, dass sie ihren Job für Zürich ausüben und nicht die halbe Zeit als Ständerätin auf Kosten des Steuerzahlers in Bern hocken sollte. Hier gab es keine Solidarisierung. Die unangreifbar Geglaupte stürzte von einem früheren Spitzenplatz ins mässige Mittelfeld. Offenbar lassen sich auch Zürcher Wähler nicht alles bieten. Oder vielleicht sind sie nur gescheiter als die Hessen?

Parteien und ihre Sprüche

Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen ist es somit nur richtig und verständlich, wenn man sich schon heute mit den Sprüchen (deutsch: Slogans) der politischen Parteien befasst, die im Wahlkampf, pardon, im Wahlgeplauder, Verwendung finden könnten. Es ist von Vorteil, dafür einige frühere Sprüche, Bekenntnisse oder Aktionen herauszupicken und zukunftsbezogen zu aktualisieren; man kann aber auch auf Grund von Ereignissen, Wahlglück oder Trends einen neuen, aufklärenden Spruch finden:

So könnte etwa die von jungem, linkem Intellekt gebeutelte SP den Wähler beschwichtigen mit der Aussage:

**Wählen Sie SP!
Wir sind nicht so
zerstritten, wie Sie
glauben!**

Zu erwägen wäre auch ein Hommage an die Gewerkschaften:

**Arbeiter!
Wählt trotzdem SP!**

Eventuell ergänzt mit:

**Wir haben auch noch
ein paar
Gewerkschafter in
unseren Reihen!**

Andererseits muss die Basis der Zukunft

verstärkt werden, weshalb vor allem heutige Randgruppen einbezogen werden sollten:

**Emanzen, Soziologen,
Psycho-, Ethno-,
Parapsycho- und
kritische Theologen,
wählt SP!
Wir garantieren,
dass euch die
Gewerkschafter nicht
verstehen werden!**

Oder im Hessen-Licht:

**Grüne wählt rot!
Rote Ohren fallen
weniger auf, wenn ihr
dahinter noch grün
seid!**

Da hat es die SVP schon einfacher. Sie ist im Aufwind. Die Frage stellt sich dort allerdings, ob die schneidige Stadtführung (Bürger) mit der Landpartei (Bauern) auf die Dauer zu Rande kommt. Der wirkungsvollste Wahlspruch könnte derzeit lauten:

**Wählt SVP!
Wir waren schon grün,
als die Sozis noch rot
waren.**

Auch die Freisinnigen haben es nicht allzu schwierig. Die Grand Old Party wird jedoch darauf achten müssen, wie sie ihr in den letzten Jahren eingeführtes Kürzel FDP verwendet. Auf Grund des totalen Tiefs, in dem sich die deutsche F.D.P. politisch befindet, könnten sich stark negative Assoziationen ergeben. Zudem hat die FDP noch nie gesagt, wie denn ihre Parteimitglieder zu bezeichnen seien. Sind das nun «FDP-Ler» oder «Freisinnige»? Noch schöner



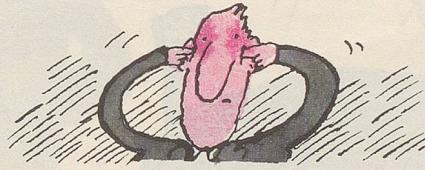
er oder nicht wieder

werden neu besetzt, und im grössten Kanton der Schweiz, im Stand Zürich, ist ein neuer Kantonsrat zu wählen.

wäre allerdings, wenn das Wort «frei-sinnig» geschrieben würde und damit andeutete, dass diese Leute in der oberen Stube (d.h. im Kopf) frei seien vom Mief intoleranter z.B. konfessioneller Voreingenommenheit. Doch damit sieht's bös aus. Bekanntlich haben die Freisinnigen, die wie keine andere Partei dazu berufen wären, liberale Gleichbehandlung für alle Weltanschauungen (insbesondere, wenn sie *jenseitsbezogen* sind) seitens des Staates durchzusetzen, am 26. September 1982 in Zürich total versagt. Unter Führung der Küschnacher Kantonsräatin Gertrud Ehrmann-Peyer, welche mit spitzfindigen formaljuristischen Argumenten an reaktionäre, atavistische Instinkte appellierte, beschlossen die FDP-Delegierten (und hier ist das opportunistische deutsche Kürzel wirklich angebracht!), für die Anerkennung u.a. der Jüdischen Gemeinde durch den Staat die NEIN-Parole. Die Vorlage ist denn auch knapp, aber eben doch abgelehnt worden. Vor dreissig Jahren hätte sie vielleicht ebenso erfolgreich gegen die Anerkennung der Römischen Kirche argumentiert. Da nützte auch das Engagement so liberaler Persönlichkeiten wie des Nationalrats Dr. H.G. Lüninger oder der Kantonsräte Dr. Kurt Müller und Armin Schück nichts mehr. Vor die Entscheidung gestellt, wurden die liberalen Grundsätze kurzerhand über Bord geworfen. Zwar hat auch die SVP die NEIN-Parole verkündet. Aber die SVP beruft sich nicht auf den Liberalismus als geistige Grundlage.

Diese krasse Entgleisung der Freisinnigen in einer liberalen Grundsatzfrage, wie sie das Axiom der Gleichbehandlung aller Weltanschauungen durch den Staat sein muss (und zwar ohne Rücksicht auf die historischen Pfründe einer saturierten Staatskirche), könnte nun verschiedene Wählergruppen verunsichern. Die Frage ist berechtigt, ob denn die FDP-ler in Zukunft auch in anderen liberalen Grundsatzfragen, etwa in der Einkommens- oder Eigentums- politik, die liberale Sicht der Dinge plötzlich in ihr Gegenteil umkehren. Da sollte man doch aufklären, etwa so:

**Wählt freisinnig!
Wir verraten den
Liberalismus nicht in
allen Grundsatz-
fragen!**



Besser wäre es für die Liberalen allerdings, sich auf ihre ideologische Grundlage zu beissen und den historischen Mief beiseite zu lassen. So könnten sie mit Bezug auf die erfreuliche Entwicklung ihres Hoforgans und die eigenen Wahlerfolge in der Stadt Zürich die Parole ausgeben:

**Wählt freisinnig!
Stetig aufwärts, wie die
NZZ!**

Dann kann man die Verteidigung der Kirchenpfründe getrost dem politischen Arm der Staatskirche überlassen, der EVP.

Eine zwiespältige Gesellschaft, diese Evangelischen. Während Jahren getreu im Windschatten der Sozis, arbeiten sie in der Stadt Zürich neuerdings mit den Bürgerlichen zusammen. Der grundliberale Stadtrat Ae. will nicht so recht dazu passen. Früher warb die EVP «Mit Kopf und Herz». In Fortführung des Slogans könnte geschrieben werden:

**Wählt EVP!
Mit dem Kopf schauen
wir nach geeigneten
Koalitionen, und unser
Herz schlägt einmal
rechts, einmal links.**

Mit Bezug auf den wirtschaftsfeindlichen Kurs der Staatskirche * (Siehe Anmerkung) und ihrer linken Stosstrups «Brot für Genossen, pardon, für Brüder» und «HEKS» («Hilfswerk Evangelischer für Kommunisten und Sozialisten»), liesse sich propagieren:

**Wählt EVP!
Unser Kopf denkt an
die armen Neger in
Afrika – unser Herz
schlägt für die fetten
Pfründe der
Staatskirche.**

(Dabei denkt man sich: Wenn wir schon nicht arm sind, so haben wir doch wenigstens eine Kirche der Armut.)

* Anmerkung: Trotzdem sackt die Zürcher Staatskirche Jahr für Jahr fette Kirchensteuern von den juristischen Personen ein (d.h. von Banken, Industrieunternehmen, Versicherungen, usw.), steckt das Geld ins AJZ oder schickt es dem ominösen Weltkirchenrat zwecks Agitation gegen die Banken und die Arbeitsplätze in der Schweizer Exportwirtschaft. Fein, nicht?

Allen verleidet ist eigentlich die Partei, die sich lange als «nötiger denn je» bezeichnet hat. Gemeint ist der Landesring. Jahrelang hat die Sozialisten/Landesring-Koalition die Stadt Zürich beherrscht. 1982 kam das ganz böse Erwachen. Der LdU scheint heute völlig am Ende. Nicht einmal die Migros ist mehr recht glücklich mit ihm. So könnte man empfehlen:

**Wählt Landesring!
Warum, wissen wir
eigentlich auch nicht
recht, da uns niemand
mehr will.**

Doch bleibt bei allen Sprüchen und Slogans noch eine weitere Möglichkeit: Man lässt die Parteien ihre Heilslehre verkünden und wählt jene Persönlichkeiten, die sich bereits profiliert haben oder Profil versprechen. Dieses Profil besteht aus dem Sparwillen, dem Ausgabenkürzungswillen, dem Basis Null-Budgetierungswillen, dem Ämterzusammenlegungswillen, dem Personalabbau- oder -plafonierungswillen. Für Geldausgeber ist heute kein Platz mehr in den Parlamenten!